

# I. Anmeldung

TOP: 5

## Schulausschuss Sitzungsdatum 28.04.2017 öffentlich

**Betreff:**

**Mobbing und Cyberbullying  
Antrag Fraktion CSU vom 5. April 2016  
Antrag FDP vom 21. August 2016**

**Anlagen:**

Sachbericht des Instituts für Pädagogik und Schulpsychologie IPSN (Beilage 1)  
Angebote des IPSN (Beilage 2)  
Stellungnahme des Amtes für berufliche Schulen (Beilage 3)  
Zusammenfassende Darstellung der Berichte der Gymnasien (Beilage 4)  
Stellungnahme des Ministerialbeauftragten der Realschulen (Beilage 5)  
Überblick über die Maßnahmen der Förderzentren (Beilage 6)  
Ergänzender Überblick der Jugendarbeit an Schulen (Beilage 7)  
Angebote der Staatlichen Schulberatungsstelle (Beilage 8)

**Bisherige Beratungsfolge:**

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
-		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Sachverhalt (kurz):**

Der Sachbericht des IPSN informiert über Präventionsmaßnahmen und Intervention bei Mobbing und Cyberbullying an Nürnberger Schulen. Die Implementierung themenbezogener Programme wird als Aufgabe der Schulentwicklung dargestellt. Auf der Basis einer schulbezogenen Bedarfsanalyse erfolgt die Auswahl geeigneter Programme und deren Umsetzung in den schulischen Alltag. Schulen stehen dabei begrenzte personelle, zeitliche, organisatorische und finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Über den Ist-Stand informieren die Berichte verschiedener Dienststellen. Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass es zwar flächendeckend Grundangebote gibt, in Einzelfällen aber Verbesserungen wünschenswert sind. Zudem ist das Erkennen und der Zeitpunkt des Einschreitens von handelnden Personen abhängig und entsprechend unterschiedlich.

**Beschluss-/Gutachtenvorschlag:**  
entfällt, da Bericht

**1. Finanzielle Auswirkungen:**

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

**Gesamtkosten**

€ **Folgekosten**

€ pro Jahr

dauerhaft  nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€ davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€ davon Personalkosten

€ pro Jahr

**Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?**

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt,  
ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:**

- Nein (→ weiter bei 3.)
- Ja
  - Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
  - Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
  - Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

**2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt** (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**3. Diversity-Relevanz:**

- Nein
- Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Mobbing und Cyberbullying sowie sprachliche Diskriminierung betreffen häufig Angehörige bestimmter Personengruppe wie Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen.

**4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:**

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- 
- 
- 

II. Herrn OBM

III. 3. BM

Nürnberg, 20.03.2017  
3. Bürgermeister

(4098)

